



Open Access Repository

www.ssoar.info

Kinder- und Jugendöffentlichkeit: Entstehung, Implikationen und Rahmenbedingungen einer kindheitswissenschaftlichen Kategorie

Klundt, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klundt, M. (2013). Kinder- und Jugendöffentlichkeit: Entstehung, Implikationen und Rahmenbedingungen einer kindheitswissenschaftlichen Kategorie. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 37(3/4), 29-51. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56564-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Michael Klundt

Kinder- und Jugendöffentlichkeit

Entstehung, Implikationen und Rahmenbedingungen einer
kindheitswissenschaftlichen Kategorie

Thema des Beitrags ist das auf den Kinderrechten basierende Konzept der Kinderöffentlichkeit und was darunter verstanden werden kann. Der Aufsatz präsentiert Beispiele, wie über Kinder, mit Kindern sowie von Kindern und Jugendlichen Öffentlichkeit hergestellt wird. Damit verbunden begründet der Text, warum und wie Kinder ihre Bedürfnisse und ihre Meinungen öffentlich äußern können, sodass diese auch berücksichtigt werden. Sodann findet auch die Rolle von Erwachsenen Berücksichtigung, wenn es gilt, Kinder zu unterstützen, ohne sie zu bevormunden. Räume, Zeiten und soziale Lebenslagen lassen sich als zentrale Einflussfaktoren für Kinder- und Jugendöffentlichkeit ausmachen. Schließlich geht es darum, mit (kinder-)politikwissenschaftlicher Perspektive gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendöffentlichkeit zu erkunden.

Schlüsselbegriffe: Kindheitswissenschaften, Kinderpolitik, sozial polarisierte Kindheiten

Ein Großteil der Jugendlichen weltweit wird von der Krise des globalen Kapitalismus und von deren politischer Regulation besonders hart getroffen und in vielen ihrer Zukunftsperspektiven beschnitten. Dass die Hälfte aller Minderjährigen weltweit in bitterer Armut lebt, ist keine Neuigkeit (Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA/Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, 2010, S. 3). Dass einige von ihnen sich dagegen wehren, ist ebenfalls kein Novum, sondern eine Frage öffentlicher Wahrnehmung. Doch seit einiger Zeit und wahrscheinlich verbessert durch technologische Möglichkeiten scheint die Welle der Empörung der Jugendlichen auf praktisch allen Kontinenten nicht abzureißen. Die Bedingungen und Praxen der globalen Jugendöffentlichkeit sind nicht einfach auf einen Nenner zu bringen. Neben der vielleicht gemeinsamen Perspektivlosigkeit und Empörung über Ungerechtigkeiten des Finanzkapitalismus auf Seiten vieler junger Menschen in Europa, den USA, Nordafrika, Chile, im Nahen Osten usw. hängen die Erscheinungsformen und Inhalte der Auseinandersetzungen auch von den unterschiedlichen For-

men neoliberaler Formierung der jeweiligen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten ab.

Kinder und Jugendliche in Tunesien, Ägypten, Griechenland, Portugal und Spanien, in Großbritannien und Chile, in den USA und Israel sind in den letzten Jahren in öffentlichkeitswirksame Bewegung gekommen. Sie demonstrieren in aller Öffentlichkeit ihr Nicht-Einverständnis mit den herrschenden Verhältnissen in ihren Schulen, Hochschulen und Städten, bei der (prekären) Arbeit oder Erwerbslosigkeit insgesamt. Sie sorgen für Jugendöffentlichkeit über Probleme Jugendlicher, mit Jugendlichen und – da sie selbst eigeninitiativ aktiv sind – von Jugendlichen.

Definition oder: Mehr als Mittelschichtskinder unter sich

Die Sozialwissenschaftler Oskar Negt und Alexander Kluge begreifen Kinderöffentlichkeit als eine verstärkte Beteiligung von Kindern am politischen und öffentlichen Leben (Negt & Kluge, 1972, S. 464ff.). Hierzu zählen sie freie Zusammenschlüsse von Kindern, Kinderbewegungen und Kinderrepubliken, in denen Selbstregulierung und Selbstorganisation der Kinder versucht werden. Kinder- und Jugendöffentlichkeiten sind für sie aber keine ›Kinderghettos‹ von liberalisierten Mittelschichtkindern, in denen wichtige Lebensbereiche ausgegrenzt sind. »Kinderöffentlichkeit [ist] nicht herzustellen, ohne eine materielle Öffentlichkeit, die die Eltern verbindet, und ohne Kinderöffentlichkeit in allen Schichten und Klassen der Gesellschaft, die miteinander Verbindung aufnehmen können« (ebd., S. 466f.). Mit diesem Maßstab lassen sich verschiedene Facetten von Kinder- und Jugendöffentlichkeit, ihre Entstehung, Implikationen und realen Rahmenbedingungen untersuchen.

Eine wichtige Frage beim Begriff der ›Kinderöffentlichkeit‹ ist zunächst, ob es sich um die Herstellung von Öffentlichkeit über Kinder, mit Kindern oder von Kindern handelt. Die Partizipationsforschung hat Maßstäbe der Beteiligung entwickelt, die sich auch auf die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am politischen und öffentlichen Leben übertragen lassen. Die sog. Partizipationsleiter (vgl. Schröder, 1995, S. 55) reicht von Formen der nur scheinpartizipativen, instrumentellen

Fremdbestimmung, Dekoration und Alibiteilnahme über Formen der Teilhabe und des Informiertwerdens bis zu realen Mitwirkungsmöglichkeiten, Mitbestimmung und wirklicher Selbstbestimmung. Folgt man dieser Kategorisierung, so ist feststellbar, dass sich viele Projekte für und mit Kinder/n nur partizipativ nennen, aber aufgrund fehlender Möglichkeiten zur realen Beeinflussung von Entscheidungsprozessen durch die Kinder nicht wirklich als partizipatorisch einzuschätzen sind. Gerne wird Schein-Partizipation instrumentell eingesetzt, die mehr im Dienste des Images von Städten, Dörfern oder Politiker_innen steht, statt die Belange der Kinder und Jugendlichen abzubilden. Deshalb ist darauf hinzuweisen, dass die eigentliche Begründung für Kinder- und Jugendbeteiligung auf einer grundsätzlichen Ebene ansetzen muss – nämlich ihrem Recht darauf. In einigen Fällen steht zu befürchten, dass die öffentlich inszenierte Schaffung von Möglichkeiten für Kinder, sich zu beteiligen eine Alibifunktion hat, um von der mangelnden Teilhabe an anderen gesellschaftlichen Ressourcen abzulenken. Man gibt sich dadurch den Anstrich von Kinderfreundlichkeit, während viele gravierende Probleme ungelöst bleiben (vgl. Liebel, 2007, S. 187).

Zwischen Kinderrechten, Kinderlärm und Kinder-Kommerzialisierung

Zur neueren Völkerrechtsgeschichte gehört, dass Partizipation, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und freie Meinungsäußerung keine Geschenke (mehr) an junge Menschen sind, sondern in der UN-Kinderrechtskonvention explizit festgehaltene Rechte der Kinder (Art. 12-17 UN-KRK; Bundeszentrale, 1999, S. 189f.). Zu ihnen haben sich die 193 Unterzeichnerstaaten seit 1989 verpflichtet (Deutschland durch vorbehaltliche Ratifizierung seit 1992 und vorbehaltlos seit 2010). Das Gleiche gilt für das »Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit [...], auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben« (Art. 31, Absatz 1 UN-KRK). Interessanterweise erkennen die Vertragsstaaten diese Rechte nicht nur an, sondern verpflichten sich im folgenden Absatz explizit dazu, das

Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben zu achten und zu fördern sowie »die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für die aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung« zu fördern (Art. 31, Absatz 2 UN-KRK).

Eine »freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben« (Artikel 31, UN-KRK) in Theater, Malerei und Musik ermöglicht Kindern kreative Fähigkeiten auszubilden. Scheinbar paradoxerweise werden jedoch häufig gleichzeitig die Räume zum Spielen für Kinder als immer eingengter beschrieben, sodass von einer regelrechten »Backseat-Generation« die Rede ist (vgl. Wallow, 2010), die von einem verinselten Setting zum nächsten befördert wird, aber städtische und ländliche Räume zwischen Schule und Freizeitorten kaum noch ganzheitlich wahrnehmen und bevölkern kann (vgl. Negt, 1997, S. 56). Oskar Negt schrieb kurz vor der Jahrtausendwende, dass es »nie in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts [...] in den fortgeschrittenen Industrieländern derart geringe Betätigungsräume für Kinder und Jugendliche gegeben« habe (Negt, 1997, S. 111). Dabei brauchen Kinder heute mehr denn je Freiräume, die sie zur autonomen Selbstbildung nutzen können, da die Chancen zum informellen Lernen immer geringer zu werden scheinen. Auch um sich die Fähigkeit zu erwerben, sich Kenntnisse selbstständig anzueignen (Lernen zu lernen), benötigen Kinder eigene erlebte praktische Erfahrungen (vgl. Rolff & Zimmermann, 1997, S. 157).

Somit macht Kinderöffentlichkeit besondere räumliche Arrangements erforderlich: mehr Bewegungsspielräume und andere Zeiträume als jene der Erwachsenen. Kinder werden in der Regel aus der Öffentlichkeit der »bürgerlichen Gesellschaft« ferngehalten oder angewiesen, dort nicht durch Anwesenheit oder Lautstärke zu stören. An den zum Teil erfolgreichen Versuchen zur Schließung von Kindertagesstätten und Kinderheimen aufgrund von »Kinderlärm«-Verordnungen bzw. Gerichtsprozessen in Hamburg, Frankfurt am Main und Bonn lässt sich dies ganz gut illustrieren: In einem Stadtteil von Bonn versuchten 2010 z. B. 27 Haushalte durch eine Bürgerinitiative das Kinderwohnheim eines freien Trägers zu verhindern (vgl. Wallow, 2010). In einer Kleinstadt im Wester-

wald (nördliches Rheinland-Pfalz) wehrten sich Anwohner_innen gegen die Einrichtung einer Wohngruppe mit maximal sieben essgestörten Mädchen am Rande ihres Viertels. Die Hausbesitzer wollten »keine kotzenden Mädchen im Vorgarten« (Roos, 2012).

Eine weitere Prägung von Kinder- und Jugendöffentlichkeit geschieht unterdessen durch die weiter voranschreitende mediale Kommerzialisierung, wodurch nicht nur der Alltag vieler Familien nur noch vom Fernsehprogramm strukturiert wird. Hierbei scheinen medienöffentliche Darstellungen eigentlich nur zwischen bedrohten und bedrohlichen Kindern und Kindheiten hin- und herwechseln zu können. Durch Vergleich des Ausmaßes und der Qualität öffentlicher Bilder krimineller Kinder und Jugendlicher zu solchen von helfenden und solidarischen Kindern und Jugendlichen, ist schnell zu erkennen, dass erstere deutlich überwiegen. Für Oskar Negt ist das Interesse an Jugendlichen wesentlich nur auf ihren Konsumentenstatus oder ihre Gewaltbereitschaft als Störer gerichtet (vgl. Negt, 1997, S. 103).

Streit um Verweigerung und Anerkennung von Kinder- und Jugendrechten als Teil des Kampfes um Kinder- und Jugendöffentlichkeit

Wer bestimmte Menschengruppen als inferiore Objekte betrachtet, die aufgrund ihrer Unreife und Minderwertigkeit geschlagen werden dürfen, um sie auf den rechten Pfad zu bringen (vgl. Müller-Münch, 2012, S. 20ff.), verweigert diesen selbstverständlich einen gleichberechtigten Status und die Möglichkeit zur Mitbestimmung, geschweige denn Selbstbestimmung als mündige Bürgerinnen und Bürger oder gar das Recht auf umfassende Kinder- und Jugendöffentlichkeit. Lange Zeit galten Kinder und Jugendliche v. a. den jeweils Herrschenden als billige Gebrauchsgegenstände (vgl. Engels, 1845, S. 459; deMause, 1977, S. 12). Vor und während der Industrialisierung lässt sich das auch anhand der ersten Kinderschutz-Debatten im 19. Jahrhundert demonstrieren (vgl. Butterwegge, 2012, S. 40). Die politischen Motive zum Schutz der Kinder rührten eher von ihrer frühzeitigen Unbrauchbarkeit als zukünftige Sol-

daten aufgrund von Kinderarbeit her. So spricht der westfälische Oberpräsident Ludwig von Vincke 1818 von der »Anwendung der kleinen Kinder« an Maschinen und der preußische Staatskanzler von Hardenberg 1817 von ihrer späteren militärischen Unbrauchbarkeit aufgrund von Kinderarbeit (vgl. Kuczynski, 1960, S. 23ff., 50ff.). Noch bis zum Ende der 1970er Jahre forderten oberste Landesgerichte der Bundesrepublik ein »gewohnheitsrechtliches Züchtigungsrecht« in der Schule und in der Familie (vgl. Matschke, 2007). Bis zum Eingeständnis eigener und nicht abgeleiteter, also subjektiver Kinderrechte ist daher ein sehr langer Weg in Deutschland zurückgelegt worden. Mit der UN-Kinderrechtskonvention und deren Ratifizierung durch alle Staaten (außer USA und Somalia) vor über zwanzig Jahren wurde einmal mehr der Subjektstatus von Kindern hervorgehoben. Bis dahin galten sie in Wissenschaft, Medien und Politik weitgehend als abhängige Objekte von Erwachsenen bzw. Familien (vgl. Liebel, 2007, S. 13ff.). Um 1990 wurde auch das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (das KJHG im SGB VIII) in Deutschland verabschiedet, dessen Grundprinzipien Rechte auf repressionsfreie Hilfsangebote, Förderung, Partizipation, Bildung, Betreuung und Erziehung beinhalten. Ein Vergleich mit dem bis dahin geltenden Jugendwohlfahrtsgesetz lässt sich anhand der sog. Heimkinder-Problematik ziehen: Die rechtliche Grundlage für die Einweisung hunderttausender Minderjähriger und deren häufige Ausbeutung und Misshandlung in Erziehungsheimen der Bundesrepublik zwischen 1949 und 1975 bildete bis zum Inkrafttreten des Sozialgesetzbuch Achten Buch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) am 1. Januar 1991 das kontroll- und straforientierte Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922, das im Jahre 1961 novelliert worden war und seitdem die Bezeichnung Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) trug (vgl. Petitionsausschuss, 2008, S. 2f.).

Die Bundesrepublik Deutschland tat sich von Anfang an schwer mit der ungeteilten Anerkennung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK). Alleine durch den bis 2010 geltenden ausländerrechtlichen Vorbehalt gegenüber dem Abkommen, glaub(t)en sich die Landesregierungen der Bundesländer berechtigt, minderjährige Flüchtlinge in Abschiebehafte nehmen und sie bspw. der Schulpflicht entziehen und

ihnen Rechte (z. B. auf Gesundheitsversorgung) vorenthalten zu dürfen (vgl. Nothafft, 2008, S. 34f.). Auch deshalb kann der politische und zivilgesellschaftliche Kampf um die Einführung von Kinderrechten in die Verfassung als ein Kampf um Kinder- und Jugendöffentlichkeit verstanden werden. Dabei geht es u. a. um ein Signal für die Umsetzung von Kinderrechten auf Schutz, Förderung und Beteiligung in die politische, rechtliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit (vgl. Hildebrandt, 2008, S. 1032).

Im Zusammenhang mit einem Urteil zu Adoptionen erklärte das Bundesverfassungsgericht 1968 erstmals, dass dem Kind als Grundrechtsträger eigene Menschenwürde und ein eigenes Recht auf Entfaltung seiner Persönlichkeit im Sinne des Art. 1 Abs. 1 und Art. 2 Abs. 1 GG zukommen (vgl. BverfG, 1968, S. 119). Ein halbes Jahrzehnt später, 1973, wurde sogar die Prügelstrafe in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland offiziell abgeschafft. Die bayerischen Schulkinder mussten sich allerdings gesetzestechnisch weitere sieben Jahre gedulden. Dort erklärte noch 1979 das Bayerische Oberste Landesgericht, im Gebiet des Freistaates Bayern bestehe ein »gewohnheitsrechtliches Züchtigungsrecht« (vgl. Matschke, 2007). 1980 wurde dann aber die Prügelstrafe auch an Schulen in Bayern offiziell aufgehoben. Hielt der Bundesgerichtshof noch 1988 eine »gelegentliche Tracht Prügel« für »nicht pauschal zu verdammen« (Prantl, 2010), so gibt es seit dem 3. November 2000 – nach über dreißigjähriger Diskussion – zudem das verbrieftete Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung in § 1631 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen

Eine progressive Kinder- und Jugendöffentlichkeit zielt auf erweiterte individuelle und kollektive Erfahrungs- und Handlungsfähigkeit im Sinne von Mit- und Selbstbestimmung ab. Durch Kinderöffentlichkeit können junge Menschen ihre Bedürfnisse öffentlich äußern und finden im besten Falle dabei auch Berücksichtigung. Kinder- und Jugendöffentlichkeit kann durch Erwachsene unterstützt, muss aber von Kindern und Jugend-

lichen selbst inhaltlich gefüllt werden. Im Sinne von Negt und Kluge (1972) darf sie nicht auf bestimmte Orte und Zeiten beschränkt sein und muss alle gesellschaftlichen Schichten umfassen. Deshalb gilt es, besonders die Partizipation und Öffentlichkeit von sozial benachteiligten und armen Kindern und Jugendlichen im Sinne von Menschenrechtsbildung, Vielfalt und Inklusion zu stärken. Denn, wie der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung aufzeigt: ›Die‹ Kinder oder ›die‹ Jugend gibt es nicht, sondern nur sozial differenziert lebende Kinder und Jugendliche (vgl. Mey, 2011, S. 41f.). Um ihre Rahmenbedingungen zu verstehen, gehört zur politikwissenschaftlichen Untersuchung von ›Kinderöffentlichkeit‹ auch, politischen, wissenschaftlichen und medialen Repräsentanzen der Thematik sozialer Polarisierung im Kindes- und Jugendalter nachzuspüren.

Was bedeutet es aber für ›Kinderöffentlichkeit‹, wenn Millionen Kinder und Jugendliche auf oder unter Sozialhilfeniveau leben müssen, mit ungenügenden Regelsatzleistungen für Gesundheit und Bildung – von Spielzeug, Sport- und Freizeitkosten nicht zu reden? Die Einkommensarmut von Kindern hat mit Hartz IV und der Agenda 2010 einen historischen Höchststand und eine neue Qualität erreicht (vgl. Butterwegge, Klundt & Zeng, 2008). Die elementaren Grundlagen für Kinderöffentlichkeit sind zutiefst beeinträchtigt, wenn Familien für Ernährung, Bekleidung und die Teilnahme am sozialen Leben ihrer Kinder nicht mehr aufkommen können, wenn die Anschaffung von Büchern und Schulmaterialien oder Klassenfahrten und Kindergeburtstage faktisch nicht zu finanzieren sind. Bildungschancen sind damit von Anfang an behindert, während chronische Armut auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung bedeutet. Wer von Kinderöffentlichkeit spricht, darf von Kinderarmut somit nicht schweigen (vgl. Bundesregierung, 2013, S. 365).

Wie das Statistische Bundesamt Anfang August 2011 für das Jahr 2008 vermeldete, gelten 15 Prozent der über 13 Millionen Kinder und Jugendlichen in Deutschland als armutsgefährdet. Darunter versteht die Institution ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 11.151 Euro im Jahr (vgl. Statistisches Bundesamt, 2011, S. 22). Der Familienreport 2011 des Bundesfamilienministeriums kommt zu ähnlichen Ergebnissen:

Gegenwärtig verfügen ca. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,5 Millionen Haushalten in Deutschland über ein Einkommen, das unterhalb von 60 Prozent des gewichteten Medianeinkommens liegt. Die Armutsrisikoquote der unter 18jährigen liegt damit bei 19,4 Prozent (BMFSFJ, 2012, S. 98).

Derweil Bund, Länder und Gemeinden im Jahre 2010 eine Staatsschuld von 2,1 Billionen Euro hatten, sind die Gesamtvermögen in Deutschland insgesamt auf 9,4 Billionen angestiegen. Das reichste Zehntel in Deutschland besitzt laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung und der Deutschen Bundesbank von diesen 9,4 Billionen allein 5,8 Billionen, das heißt über 61 Prozent. Die obersten 30 Prozent verfügen mit etwa 8,6 Billionen Euro über 91 Prozent des gesamten Vermögens in Deutschland. Die unteren 70 Prozent teilen sich die restlichen 0,8 Billionen und damit 8,5 Prozent. Die untere Hälfte der Bevölkerung kommt gerade noch auf ein Prozent des Gesamtvermögens, das untere Drittel besitzt nichts oder ist ver- bzw. überschuldet (vgl. Meck et al., 2012). Während also der real existierende Reichtum eine enorme Steigerung erfahren hat, kommen viele Forschende zu dem besorgniserregenden Ergebnis, dass die Armut insbesondere von Kindern und Familien in den letzten Jahren auf hohem Niveau verharrt.

Selbst eine Studie der Konrad Adenauer Stiftung sieht Deutschland auf dem Weg in eine neue Art von Klassengesellschaft [...], wobei die Trennungslinie eben nicht nur über Einkommen und Vermögen, sondern auch über kulturelle Dimensionen wie etwa Bildungskapital und Bildungsaspirationen, aber auch Werte und Alltagsästhetik verläuft. Ebenso erweisen sich Ernährung, Gesundheit, Kleidung und Medienumgang als Abgrenzungsfaktoren. Der Zulauf zu privaten Schulen ebenso wie das Umzugsverhalten von Eltern der bürgerlichen Mitte geben ein beredtes Zeugnis dieser Entwicklung (Borchard et al., 2008, S. 8).

Die ungleiche Verteilung der Vermögen wird zukünftig durch den Generationenzusammenhang sogar noch weiter verschärft, da mit der Zu-

nahme der Erbschaften sich auch die sozialen Gegensätze vergrößern werden, denn Personen aus höheren Bildungsschichten, die in der Regel schon selbst höhere soziale Positionen erreichen, erben höher als Personen mit niedrigerem Bildungsstand. Darüber hinaus heiraten wohlhabende Menschen in der Regel auch innerhalb der gleichen Schicht, sodass Reichtum noch einmal konzentrierter vorkommt (vgl. Esping-Andersen, 2006, S. 59).

Instrumentalisierte Kinder(-Öffentlichkeit) oder: Reden über (arme) Kinder und Familien

Indessen spielen Kinder und Jugendliche in den letzten Jahren eine immer größere Rolle in der Öffentlichkeit. Manche begründen dies damit, dass die Anzahl der jungen Menschen relativ sinkt oder damit, dass sie ›unsere Renten‹ finanzieren und uns später gut behandeln sollen. Womöglich liegt es auch einfach daran, dass die Gesellschaft insgesamt sensibler auf Kinderinteressen eingeht. Zu vermuten wäre auch, dass viele Erwachsene, die in der finanzkapitalistischen Wirtschafts- und Arbeitswelt das Gefühl der Kontrolle der sie selbst bedingenden Faktoren in den letzten Jahren immer mehr zu verlieren meinen, umso energischer versuchen, die Welt und das Leben von Kindern und Jugendlichen unter Kontrolle zu behalten oder zu bringen. Das könnte erklären, warum Kinder und Jugendliche in öffentlichen Diskursen oftmals nur entweder als gefährdet oder als gefährlich, in jedem Falle aber des Schutzes und/oder der Kontrolle Erwachsener bedürftig, dargestellt werden. Vielleicht hat die Wahrnehmungsänderung aber auch etwas damit zu tun, dass sich genau in den beiden Bereichen Wandlungsprozesse vollzogen haben, die laut Negt und Kluge noch von der bürgerlichen Öffentlichkeit ausgegrenzt werden: der industrielle Apparat des Betriebes und die Sozialisation in der Familie (Negt & Kluge, 1972, S. 10). Mit der stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland ändert sich die Arbeitswelt und der bislang unsichtbar gebliebene Bereich der Reproduktionsarbeit und Pflege von Kindern und Alten erlangt nach und nach gesellschaftliche und öffentliche Bedeutung.

Doch in all diesen Diskursen wird viel mehr über Kinder verhandelt als mit ihnen gehandelt, geschweige denn von Kindern selbst aktiv eingegriffen. Nur allzu leicht lassen sich dabei Heranwachsende für verschiedene Zwecke benutzen. Die Instrumentalisierung junger Menschen im politischen Diskurs lässt sich auch anhand der Mitteilung der EU-Kommission zu einer *EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment* veranschaulichen (vgl. Europäische Kommission, 2009, S. 1ff.). Dort wird festgestellt, dass »angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise [...] das junge Humankapital gehegt und gepflegt werden« müsse. Junge Menschen stellen eine »Ressource für die Gesellschaft [dar], die genutzt werden kann, um übergeordnete gesellschaftliche Ziele zu erreichen« (ebd., S. 2). Somit wird offenbar, worauf die Kritik an einer neoliberalen Hegemonie in der EU zielt: Eine völlige Marktorientierung, die den Wert von Menschen nur an ihrer instrumentellen Vernutzbarkeit misst.

Junge und zukünftige Generationen lassen sich zudem leicht für die Privatisierung der Sozialsysteme und die Restrukturierung des demokratischen Wohlfahrtsstaates in einen neoliberalen Wettbewerbsstaat instrumentalisieren. Dies geschieht dann häufig unter dem Banner von ›mehr Demografie-Sensibilität‹, ›Generationengerechtigkeit‹ und im Namen der ohnmächtigen Kinder gegen die ›raffgierigen Rentner‹ und ihren ›Schuldenberg‹. Unter dem fürsorglich klingenden Titel *Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut?* verlangt etwa der langjährige Shell-Jugendstudienherausgeber und Kindheitsforscher an der Berliner *Hertie School of Governance*, Klaus Hurrelmann, in einer Untersuchung über die soziale Lage und das Befinden Jugendlicher in Deutschland, das Problem Altersarmut mehr zu thematisieren (vgl. Hurrelmann & Karch, 2013). Gemeinsam mit dem Geschäftsführer des Versorgungswerks Metallrente, Heribert Karch, fordert Hurrelmann dazu auf, private Altersvorsorge zur Pflicht zu machen (vgl. Gajevic, 2013). Er blendet damit die Erfahrungen der aktuellen Weltwirtschafts- und Finanzkrise aus, wonach die ›Ver-Riesterung‹ der deutschen Altersvorsorge das Problem der Altersarmut nicht entschärft, sondern verschärft hat und somit gerade für prekär Beschäftigte zu noch größeren Risiken führt (vgl. Balodis & Hühne, 2012). Daraus nun den Schluss zu ziehen, Privatren-

ten zur Pflicht zu machen, käme nicht nur einem weiteren gigantischen Subventionsprogramm für private Versicherungskonzerne im Namen der Jungen gleich, sondern verschärfte das Problem der Altersarmut noch für zukünftige Generationen.

Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, bemerkte schon 1998, dass »Reformen, die mit der Verantwortung für kommende Generationen plausibel begründet werden können, [...] eine gute Chance [haben], von Medien und Öffentlichkeit akzeptiert und vom Wähler honoriert zu werden. [...] Wir schulden es unseren Kindern« (Henkel, 1998, S. 12). Was wir »unseren Kindern« schulden, zielt auf einen vermarktlichten Wohlfahrtsstaat, den Henkel mit den Lebensinteressen künftiger Generationen legitimiert: »Heute müssen wir die Sozialpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten renovieren, im eigenen Interesse und weil wir es unseren Kindern schulden« (ebd., S. 25f.). (Kinder-)Politikwissenschaftliche Forschung kann untersuchen, auf welche Weise hierbei partikulare Wirtschaftsinteressen als universale Generationen- oder gar Menschheitsinteressen ausgegeben werden (vgl. Klundt, 2008, S. 264f.).

Die neoliberalen Eliten hätten nach dem von ihnen beförderten Wirtschafts- und Finanzdesaster der letzten Jahre eigentlich allen Grund, nunmehr ein wenig zurückhaltender zu sein. Das Gegenteil ist der Fall: Unterschichtsverunglimpfung verbindet sich mit Sozialstaats-Bashing auf brutalste Weise. Auch das Reden über (arme) Kinder und Familien macht einen Teil der gesellschaftspolitischen Polarisierungs-Problematik aus und prägt damit Kinder- und Jugendöffentlichkeit. Dies gilt vor allem dann, wenn die Betrachtung von (Kinder-)Armut durch vielfache Formen der Ignoranz, der Krokodiltränen sowie der Schicksalsgläubigkeit gekennzeichnet ist. Am bedenklichsten haben sich jedoch diejenigen Diskurse entwickelt, in denen Kinder und Familien mit den Etiketten »selbst schuld« und »asozial« bedacht werden und statt der Bekämpfung von Armut die Bekämpfung der Armen im Vordergrund steht. Das geschieht, wenn das ehemalige Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und ehemalige Berliner SPD-Finanzsenator Thilo Sarrazin und der Berlin-Neuköllner SPD-Bürgermeister Heinz Buschkowsky verbal auf die »aso-

ziale« Unterschicht der ›Säufer« und ›Kopftuchmädchen«-Produzenten eindreschen (vgl. von Lucke, 2009, S. 55ff.).

Doch weniger der notorische Sozialrassismus Sarrazins ist das Problem, als die vielen heimlichen und offenen Unterstützer_innen seiner Hetzreden in den Eliten von Medien, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Wissenschaftler_innen – wie der Bremer Professor für Sozialpädagogik, Gunnar Heinsohn – versuchen unterdessen deutlich zu machen, dass Armut ausschließlich durch das Vermehrungsverhalten armer Menschen verursacht sei, da diese Kinder nur als Geldanlage produzieren würden: »Solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen« (Heinsohn, 2010a). Da Kinder aus bildungsfernen Schichten für Heinsohn praktisch *qua* Geburt grundsätzlich zu den ›Niedrigleistern« gehören, naturgemäß als Frauen ›durch Vermehrung nach Einkommen streben« und als Männer, zumal mit Migrationshintergrund, einzig und allein kriminell vorstellbar sind, erklärt er sie auch gleich noch für beinahe lebensunwert. »Ungeborene können niemandem einen Baseballschläger über den Kopf ziehen, aber sie können auch von niemandem erniedrigt oder beleidigt werden« (Heinsohn, 2010b). An dieser hetzerischen Propaganda wird deutlich, dass man Menschen am besten ideologisch zunächst ihre menschliche Würde nimmt, um ihnen danach auch ihre sozialen Rechte streitig zu machen. In diesem biologistischen Menschenbild sind sowohl der Intelligenzquotient als auch der Schulabbruch bereits am Tage der Geburt anhand der sozialen Herkunft eines Kindes festgelegt. Deshalb kann sich Heinsohn auch die mangelhaften Bildungschancen von vielen Migrantenkindern in Deutschland nicht mit strukturellen Problemen im dreigliedrigen Bildungssystem erklären, sondern nur folgendermaßen: »Schon die Eltern unserer Einwanderungskinder waren schlecht in der Schule« (ebd.). Ähnlich erläutert Sarrazin Behinderungen und Misserfolge von muslimischen Kindern im deutschen Schulsystem mit vorausgehender ›Inzucht«. Statt selektiver Bildungsstruktur und jahrzehntelanger Ausgrenzung seien vielmehr ›Erbfaktoren« für das Versagen von Tei-

len der türkischen Bevölkerung im deutschen Schulsystem verantwortlich (vgl. Sarrazin, 2010, S. 316).

Sozial-rassistische Einstellungen stellen einen fundamentalen Widerspruch zum Geist und Gehalt des Grundgesetzes dar (mindestens Art. 1 und 20 GG). Dabei handelt es sich um eine moderne Form des akademischen (Sozial-)Rassismus, dessen Rassenideologie in Menschen (fast) jeglicher Religion oder Hautfarbe aus der Unterschicht eine Art Unter-rasse von ewigen ›Niedrigleistern‹ erblickt und umgekehrt beruflich erfolgreiche Menschen (fast) jeglicher Hautfarbe und Religion als eine Art Oberrasse der geborenen ›Leistungsträger‹ begreift. Seine sozial-eugenische Note erhält dieses Denken auch durch schlicht bevölkerungspolitische Aussagen wie die des FDP-Politikers Daniel Bahr: »In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Es ist falsch, dass in diesem Land nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen« (Spiegel.de vom 23.1.2005; vgl. die bevölkerungspolitische Prämien-Idee Thilo Sarrazins für Akademiker_innen-Kinder sowie seine arrogante Bevormundung von Eltern: »Kinder kann kriegen, wer damit fertig wird«, in Stern vom 13.5.2009). Doch, sind die Kinder von ›falschen‹ Eltern somit ›falsche‹ Kinder? Und besitzen ›falsche‹ Kinder eigentlich weniger Lebensrecht als ›richtige‹ Kinder? Ist ihr Wohl demnach vernachlässigenswert gegenüber dem Wohl ›richtiger‹ Kinder von ›richtigen‹ Eltern? Wer ist eigentlich alles genau mit den ›falschen‹ Eltern gemeint? Der französische Soziologe Pierre Bourdieu bezeichnete solche Ideologien auch als »Klassenrassismus« (Bourdieu, 2001, S. 147). Dieser ermögliche es den Herrschenden seit Jahrhunderten, sich selbst bar jeder Grundlage als Wesen höherer Art und Wertigkeit zu begreifen und die von ihnen Beherrschten als ›dummes Pack‹ anzusehen.

Seit einigen Jahren – und längst nicht erst seit Sarrazins Einlässen – scheint eine bestimmte Art des Unterschichts-Bashings außerordentlich in Mode gekommen zu sein. Der neue Hass gegen ›die da unten‹ fühlt sich im Recht und meint, diese ›Assis‹ und ›Prolls‹ nicht als würdevolle Menschen anerkennen zu müssen. Millionen Bürgerinnen und Bürger meinen mit Thilo Sarrazin (SPD):

Jemanden, der nichts tut, muss ich auch nicht anerkennen. Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin (Lettre International Nr. 86/2009, S. 197f.).

Inzwischen hat Sarrazin selbst zugegeben, dass er diese Zahlen schlicht frei erfunden hat. Er nennt dies stolz ›geschöpfte Zahlen‹ und macht einmal mehr deutlich, auf welchem wissenschaftlichen Niveau seine Thesen basieren (vgl. Foroutan et al, 2010, S. 5).

Regressive Auswirkungen auf Kinder- und Jugend- öffentlichkeit

Der Bielefelder Sozialforscher Wilhelm Heitmeyer verweist bei seinen Untersuchungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf den Umstand, dass die ökonomische Nützlichkeit bei der Bewertung von Menschen zunehme. Seines Erachtens hat sich »ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus gefördert werden [...] wo die Markorthodoxie siegt, stirbt die Demokratie« (Heitmeyer, 2001, S. 500).

Besonders Erwerbslose bekämen diese Entwertungsideologie zu spüren, wie er fast ein Jahrzehnt später ausführte:

Wir können belegen, dass die Mittelschicht seit Einführung von Hartz IV massive Angst hat. Das führt dazu, dass Mitmenschen vor allem nach ihrer Nützlichkeit bewertet und damit auch abgewertet werden. Der autoritäre Kapitalismus hat es geschafft, seine Verwertungskriterien ohne Widerstand der ganzen Gesellschaft überzustülpen (Heitmeyer, 2010, S. 71).

Die Auswirkungen sozialrassistischer Diskurse in Politik, Wissenschaft und Medien auf den Alltagsverstand und das Selbstverständnis von (so-

zial benachteiligten) Heranwachsenden sind nicht zu unterschätzen. Berichte von Kindern (über ihre Angst davor), auf dem Schulhof als ›Hartzer‹ oder ›Opfer‹ beschimpft zu werden, verdeutlichen dies. Solche unsolidarischen Einstellungen und Verhaltensweisen prägen auch das Denken und Handeln einiger Jugendlicher. Außerdem ist es für Kinder sicherlich nicht einfach, tagtäglich lesen oder sehen zu müssen, dass ihre erwerbslosen Eltern als ›faule und asoziale Sozialschmarotzer‹ bezeichnet werden. Nach je zweistündigen tiefenpsychologischen Interviews mit 100 jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 24 Jahren stellte das Marktforschungsinstitut Rheingold im Jahr 2010 signifikante Zuspitzungen fest. Panische Absturzängste, massiver Anpassungswille und Verachtung für die sozial Abgerutschten seien zentrale Denk- und Verhaltensmuster vieler junger Erwachsener.

Ihre ständigen Absturz-Ängste versuchen die Jugendlichen [...] zu bannen, indem sie sich strikt von allen Menschen abgrenzen, die bereits abgestürzt sind. ›Du Loser‹, ›Du Opfer‹ oder ›Hartz IV‹ avancieren zu gern gebrauchten Schimpfworten. Den Opfern und Verlierern der Gesellschaft wird nicht Mitleid oder Solidarität entgegengebracht, sondern Verachtung und Schmähung (Rheingoldstudie, 2010, S. 6).

Für Ursula Rüssmann erinnern diese Resultate an die Sarrazin-Debatte: »Damit ist die Zwei-Klassen-Gesellschaft angekommen im Denken der Heranwachsenden« (Rüssmann, 2010). Sofern sich solche Haltungen unter Jugendlichen verstärken sollten, beeinflussen sie als Einübungen in unsolidarisches Verhalten zu einem gewissen Teil auch Bemühungen Heranwachsender um Kinder- und Jugendöffentlichkeit.

Bestätigt werden diese Ergebnisse z. B. auch von der Sinus-Jugendstudie 2012 zu Lebenswelten und -Einstellungen von 14- bis 17jährigen Heranwachsenden (Sinus-Jugendstudie, 2012; vgl. Calmbach et al., 2012). Zwar werden bereits starker Leistungs- und Anpassungsdruck (besonders in der Schule) empfunden, aber die tendenziellen Gewinner und die sich vom Abrutschen bedroht Fühlenden machten nicht etwa die ungerechten Umstände, sondern eher die voraussichtlichen Verlierer da-

für verantwortlich. So äußerten gerade Mittelschichtsjugendliche Ängste vor Überfremdung und dem eigenen Abstieg, warfen aber gleichzeitig den benachteiligten Gleichaltrigen vor, nicht genügend leistungsbereit zu sein. »Sozial Benachteiligte werden an den Rand gedrückt – v. a. von Jugendlichen aus der gesellschaftlichen Mitte: Vorwurf der geringen Leistungsbereitschaft und Wohlstandsgefährdung, Angst vor Überfremdung«, fasst die Kurzfassung der Sinus-Jugendstudie zusammen (ebd., S. 8). Kinder und Jugendliche reagierten jedoch in all den genannten Studien sehr heterogen auf die gesellschaftlichen Polarisierungserscheinungen.

Neben wachsenden Ausgrenzungshaltungen gab und gibt es stets auch Versuche solidarischer Praxen zur Bewältigung sozialer Widersprüche, deren Ausbuchstabieren nicht Ziel dieses Beitrags war, da vor allem die Kritik der gesellschaftspolitischen und ideologischen Rahmenbedingungen von Kinder- und Jugendöffentlichkeit im Vordergrund stand.

Fazit

Was könnten die Konsequenzen hinsichtlich einer solidarischen Kinder- und Jugendöffentlichkeit sein? Zum einen ist es unerlässlich, die gesellschaftspolitischen Hintergründe und Interessen bei der öffentlichen Darstellung von Kindern zu studieren. Zentrale Frage sollte dabei immer sein, ob es sich nur um Öffentlichkeit über Kinder handelt, oder ob sie selbstbestimmt die Akteure ihrer eigenen öffentlichen Beteiligung sind (und sein können). Deshalb fordert auch Manfred Liebel, sich nicht immer wieder auf neue Partizipationsmodelle und -projekte zu stürzen, für die dann geeignete ›Zielgruppen‹ zu suchen seien. Stattdessen wirbt er dafür, genauer hinzusehen,

wo im Alltag Kinder und Jugendliche ihren Unmut ausdrücken und dabei sind, sich für sich und für andere zu engagieren und zu organisieren. Dazu mögen auch Aktivitäten gehören, die nicht besonders fein sind, z. B. die Kritik an Lehrern in Internetportalen, die Besetzung leer stehender Häuser, die Störung des Autover-

kehrs oder Graffiti an Hauswänden oder S-Bahn-Zügen. Es kommt drauf an, die Botschaften auch solcher Aktionen zu verstehen und ihnen ggf. zu mehr Resonanz und Wirkung zu verhelfen (Liebel, 2009, S. 25).

Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass solche Formen von Protest und Opposition nicht als Seismograph einer ganzen Generation zu lesen oder zu verstehen sind und es viele Jugendliche gibt, die sich und ihr mögliches Nicht-Einverständnis mit den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht bzw. anders, leiser oder unsichtbarer ausdrücken, als es manchen Jugendforscher_innen zuweilen lieb sein mag.

Als ein beeindruckendes Beispiel für selbst organisierte Initiativen progressiver Kinder- und Jugendöffentlichkeit können dennoch mit Liebel z. B. die ›Kindergipfel‹ der Naturfreundejugend gekennzeichnet werden, die seit dem Jahr 2000 in eigener Regie von Kindern durchgeführt werden. Denn damit drängen die Kinder Politikerinnen und Politiker dazu, mehr zu tun, um die Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen zu sichern. So stand der Kindergipfel vom Mai 2008 unter dem Motto *Kaufen wir uns die nächste Erde?* und rund 120 acht- bis zwölfjährige Kinder haben dabei einen ›Zukunftsvertrag‹ formuliert, in dem sie zahlreiche Forderungen und Selbstverpflichtungen aufstellten. Zum Beispiel zeigen sie darin auf, wie sie eine ›gerechte Weltwirtschaft‹ erreichen, bedrohte Tierarten vor dem Verschwinden bewahren oder die ›Biodiversität‹ besser erforscht sehen wollen und wie sie selbst dazu beitragen können.¹ Ähnliches lässt sich auch auf den Wochenendcamps der Kinder- und Jugendorganisation SJD/Falken erleben. Hinzugefügt werden können auch z. B. die selbst organisierten Schüler_innenstreiks, in denen sich Kinder und Jugendliche für ein besseres Lernen und eine bessere Schule stark machen.²

Als ein weiteres Beispiel nennt Liebel die Initiative *Hiergeblieben!* des Berliner Grips-Theaters, das mit seinen Erfahrungen und Möglichkeiten die Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen unterstützt.

Die auf diese Weise entstandene Gruppe ›Jugendliche ohne Grenzen‹ ist mittlerweile bundesweit mit äußerst phantasievollen Akti-

onen aktiv und beehrt jedes Jahr einen Politiker oder eine Politikerin mit dem Preis ›Abschiebeminister‹. Sie beschränkt sich aber nicht auf die Kritik an den Obrigkeiten, sondern ermutigt auch andere Menschen gleich welchen Alters, sich für die Rechte von Flüchtlingen einzusetzen (Liebel, 2009, S. 26).³

Gerade gegenüber sozialassististischen Tendenzen in Gesellschaft und (jugendlichen) Alltagsdiskursen stellen diese Organisationen und Maßnahmen Praxen solidarischen Handelns dar. Die progressive Kinder- und Jugendöffentlichkeit dieser und anderer vergleichbarer selbst organisierter Initiativen von Kindern und Jugendlichen sollte – ganz im Sinne des von Negt und Kluge vorgetragenen Verständnisses von ›Kinderöffentlichkeit‹ – stärker beachtet und unterstützt werden.

► Anmerkungen

- 1 vgl. www.kindergipfel.de
- 2 www.schuelerstreik.de
- 3 www.jogspace.net

► Literatur

Balodis, Holger & Hühne, Dagmar (2012). *Die Vorsorge Lüge. Wie Politik und private Rentenversicherungen uns in die Altersarmut treiben*. Berlin: Econ.

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA/Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hrsg.). (2010). *Weltbevölkerungsbericht 2010*. New York/Hannover. http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/user_upload/PDF/Weltbevoelkerungsbericht/UNFPA_DSW_Weltbevoelkerungsbericht_2010_kl.pdf (Stand: 17.10.2013)

BMFSFJ (2012). *Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends*. Berlin. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienreport-2011,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Stand: 17.10.2013)

Borchard, Michael; Henry-Huthmacher, Christine; Merkle, Tanja; Wippermann, Carsten & Hoffmann, Elisabeth (2008). *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

- Bourdieu, Pierre (2001). *Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Kultur, Schule und Politik*. Hamburg: VSA.
- Bundesregierung (2013). *Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 14. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung*. Drucksache 17/12200 v. 30.1.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (1999). *Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen*. Bonn.
- Butterwegge, Christoph; Klundt, Michael & Belke-Zeng, Matthias (2008). *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph (2012). *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BVerfG (Bundesverfassungsgericht) (1968). *Beschluss des Ersten Senats vom 29. Juli 1968 – 1 BvL 20/63, 31/66 und 5/67*. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts - BVerfGE - Bd. 24, 119-144.
- Calmbach, Marc; Thomas, Peter Martin; Borchard, Inga & Flaig, Bodo (2012). *Wie ticken Jugendliche 2012? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*. Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg.
- De Mause, Lloyd (1977). *Hört ihr die Kinder weinen. Eine psychogenetische Geschichte der Kindheit*. Frankfurt am Main: Verlag Suhrkamp.
- Engels, Friedrich (1845). *Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen*. In MEW 2 (S. 225-506). Berlin: Dietz.
- Esping-Andersen, Gösta (2006). Kinder und Rente: Welchen Wohlfahrtsstaat brauchen wir? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1, 52-64.
- Europäische Kommission (2009). *Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment*. Ratsdok. 9008/09 v. 28.4.
- Foroutan, Naika; Schäfer, Korinna; Canan, Coskun & Schwarze, Benjamin (2010). *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand*. Berlin. <http://edoc.hu-berlin.de/oa/articles/reonwY1dcVafw/PDF/26ybhddRzVWd2.pdf> (Stand: 17.10.2013)
- Gajevic, Mira (2013). Studie. *Jugend so optimistisch wie noch nie*. Berliner Zeitung vom 2.5.2013
- Heinsohn, Gunnar (2010a). »Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen«. Mit viel Geld hat der Sozialstaat nicht verhindert, dass die Unterschicht wächst. Die Zahl der

Sozialhilfemütter steigt. Amerika hat vorgemacht, welche Reform hilft: die Begrenzung der Sozialhilfe auf fünf Jahre. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16.3.2010 <http://www.faz.net/themenarchiv/wirtschaft/arbeitsmarkt-und-hartz-iv/gastbeitrag-von-gunnar-heinsohn-sozialhilfe-auf-fuenf-jahre-begrenzen-1950620.html> (Stand: 18.10.2013)

Heinsohn, Gunnar (2010b). Wie man mit viel Geld Armut vermehrt. *DIE WELT* vom 9.2.2010 http://www.welt.de/welt_print/debatte/article6311869/Wie-man-mit-viel-Geld-Armut-vermehr.html (Stand: 18.10.2013)

Heitmeyer, Wilhelm (2001). Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In Dietmar Loch & Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Schattenseiten der Globalisierung* (S. 497-534). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2010). Wutgetränkte Apathie. Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer über den Bewusstseinswandel der Deutschen in der Krise und ihr neues Feindbild: den Langzeitarbeitslosen. *Spiegel* 14/2010 v. 3.4.2010, 70-71.

Henkel, Hans-Olaf (1998). *Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik*. Berlin: Verlag Siedler.

Hildebrandt, Cornelia (2008). Kindeswohl und Kinderrechte. *Utopie kreativ*, 217, 1032-1042.

Hoffmann, Andreas (2009). Thilo Sarrazin. »Kinder kann kriegen, wer damit fertig wird«. *Stern* vom 13.5.2009 <http://www.stern.de/panorama/thilo-sarrazin-kinder-kann-kriegen-wer-damit-fertig-wird-700617.html>. (Stand: 18.10.2013)

Hurrelmann, Klaus & Karch, Heribert (2013). *MetallRente Studie 2013. Jugend. Vorsorge. Finanzen. Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut?* Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Klundt, Michael (2008). *Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? Polarisierte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kuczynski, Jürgen (1960). *Hardenbergs Umfrage über die Lage der Kinder in den Fabriken und andere Dokumente aus der Frühgeschichte der Lage der Arbeiter*. Berlin: Verlag Akademie.

Liebel, Manfred (2007). *Wozu Kinderrechte. Grundlagen und Perspektiven*. Weinheim/München: Juventa.

Liebel, Manfred (2009). Für eine kindergerechte Republik – Herausforderungen an Politik und Gesellschaft. In Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Fachkongress »Schützen, fördern, beteiligen – Für ein kindergerechtes Deutschland«* (S. 19-26). Berlin. <http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/>

- v/ina/arbeitsbereiche/iscy/Media/Liebel_Fuer_eine_kindergerechte_Republik_12-08.pdf?1289226590. (Stand: 17.10.2013)
- Matschke, Jacob (2007). »Ich möchte nicht zurück zu Mama«. *Die Zeit* vom 31.5.2007 <http://www.zeit.de/2007/23/A-Kindesmishandlung> (Stand: 18.10.2013).
- Meck, Georg, Felix Brocker & Stefan Walter (2012). Geht es bei uns gerecht zu? *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 10.9.2012 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/geht-es-bei-uns-gerecht-zu-wer-im-wohlstand-lebt-11908598.html> (Stand: 18.10.2013).
- Mey, Günter (2011). Immer diese Jugendforschung! *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 35(2), 27-49.
- Müller-Münch, Ingrid (2012). *Die geprügelte Generation. Kochlöffel, Rohrstock und die Folgen*. Stuttgart: Verlag Klett-Cotta.
- Negt, Oskar & Kluge, Alexander (1972). *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Verlag Suhrkamp.
- Negt, Oskar (1997). *Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche*. Göttingen: Verlag Steidl.
- Nothafft, Susanne (2008). Verbindlicher Vorrang des Kindeswohls gem. Art. 3 I UN-Kinderrechtskonvention – fehlende Umsetzung in die bundesdeutsche Rechtspraxis. *Deutsches Jugendinstitut: DJI Bulletin* 81, S. 34-35.
- Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (2008). *Empfehlung des Petitionsausschusses vom 26. November 2008 zur Petition die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Jahren 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen öffentlichen Erziehungsheimen betreffend* (S. 1-15). Berlin. http://www.rundertisch-heimerziehung.de/download/Empfehlung_Petitionsausschuss.pdf (Stand: 17.10.2013).
- Prantl, Heribert (2010). Gewalt gegen Kinder. Eiszeiten der Erziehung. *Süddeutsche Zeitung* vom 11.4.2010 <http://www.sueddeutsche.de/politik/gewalt-gegen-kinder-eiszeiten-der-erziehung-1.12356> (Stand: 18.10.2013).
- Rheingoldstudie (2010). »Die Absturz-Panik der Generation Biedermeier«. *Rheingold-Jugendstudie 2010. Kurzfassung*. Köln. http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/BF/Lehre/Materialien/Jugendstudien/Kurzfassung_Rheingoldstudie.pdf. (Stand: 17.10.2013)
- Rolff, Hans-Günter & Zimmermann, Peter (1997). *Kindheit im Wandel*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Roos, Sonja (2012). Anfeindungen und Klage: Anwohner gegen Wohnheim für essgestörte Mädchen. *Rhein-Zeitung* vom 25.7.2012 <http://www.rhein->

- zeitung.de/region/panorama_artikel,-Anfeindungen-und-Klage-Anwohner-gegen-Wohnheim-fuer-essgestoerte-Maedchen-_arid,457550.html. (Stand: 18.10.2013).
- Rüssmann, Ursula (2010). Jugend im Jahr 2010. Generation Biedermeier. *Frankfurter Rundschau* vom 12.9.2010 <http://www.fr-online.de/politik/jugend-im-jahr-2010-generation-biedermeier,1472596,4638752.html> (Stand: 17.10.2013)
- Thilo Sarrazin im Gespräch (2009). Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. *Lettre International* Nr. 86. 197-201.
- Sarrazin, Thilo (2010). *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*. München: Verlag DVA.
- Schröder, Richard (1995). *Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung*. Weinheim: Beltz.
- Sinus-Jugendstudie (2012). *Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie u18. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Ergebnisse*. Berlin. http://www.dkjs.de/fileadmin/bilder/Aktuell/pdfs/2012_03_28_Ergebnisse.pdf (Stand: 17.10.2013).
- Spiegel.de (2005). Elite-Debatte: FDP-Vorstand will mehr Akademiker-Babys. *Spiegel.de* vom 23.1.2005 <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/elite-debatte-fdp-vorstand-will-mehr-akademiker-babys-a-338172.html> (Stand: 18.10.2013).
- Statistisches Bundesamt (2011). *Wie leben Kinder in Deutschland? Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 3.8.2011*. Berlin. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2011/Mikro_Kinder/pressebroschuere_kinder.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 17.10.2013).
- von Lucke, Albrecht (2009). Propaganda der Ungleichheit. Sarrazin, Sloterdijk und die neue »bürgerliche Koalition«. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12, 55-63.
- Wallow, Hans (2010). Mehr Freiraum für die Kleinen. *Neues Deutschland* vom 18./19.9.2010 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/179866.mehr-freiraume-fuer-die-kleinen.html> (Stand: 18.10.2013)